

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 183 (2017)

Heft: 8

Rubrik: Internationale Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Deutschland

**Drohnenbeschaffung
pendent**

Die Bundeswehr musste bei der Beschaffung von neuen Drohnen bereits einige Rückschläge einstecken. Anfangs Juli ist nun die Situation ungewisser denn je. Nachdem der ursprüngliche Typenentscheid für ein Leasing von HERON TP Drohnen (fünf Systeme für ca. 1 Mia. Euro) des israelischen Hersteller Israel Aerospace Industries (IAI) getroffen wurde, klagte der US-Produzent General Atomics beim Düsseldorfer Oberlandesgericht. Dessen erste Klage wurde abgewiesen, genauso wie eine daraufhin eingereichte Anhörungsrüge in gleicher Sache. Die Freude beim «Bund» dürfte von kurzer Dauer gewesen sein. Denn nun schaltete sich auch die Sozialdemokratische Partei



Heron TP.

Bild: Bundeswehr

Deutschlands (SPD) ein und stoppte das Projekt, welches Verteidigungsministerin von der Leyen noch vor der Bundestagswahl abwickeln wollte. Und zwar in der letzten Sitzung des Haushaltsausschusses vor den Wahlen. Für die SPD stellt diese Beschaffung plötzlich ein Widerspruch zum aktuellen Koalitionsvertrag dar, denn es gab entgegen den getroffenen Abmachungen unter den Regierungsparteien keine breit angelegte Debatte über «militärische, völkerrechtliche und

sonstige Voraussetzungen» für eine waffenfähige Drohne. Die HERON TP hätte aber genau aus diesem Grund beschafft werden sollen, nämlich um diese gegebenenfalls zur Kampfdrohne aufzuwerten. Von der Leyen zeigte sich enttäuscht und warf den Sozialdemokraten vor, «ihre Soldatinnen und Soldaten im Stich zu lassen.» Um in der dritten Dimension nicht ganz blind zu sein, griff das Ministerium nun einen alten Wunsch wieder auf. Als Nachfolger des «ab-

gestürzten» Skandalprojekts EURO-HAWK soll die Luftwaffe die beinahe baugleiche TRITON-Drohne des US-Herstellers Northrop Grumman erhalten. Den Kauf möchte man so rasch als möglich abwickeln. Unter dem Namen PEGASUS soll auf diese Weise ein gänzlich neues Aufklärungssystem entstehen, welches unter anderem über die Fähigkeiten verfügt, E-Mails und Mobiltelefonie luftgestützt abhören zu können. Derweil wird darüber entschieden, was mit den EURO-HAWK-Prototypen geschieht. Entsprechend ist das Verteidigungsministerium auf der Suche nach potentiellen Käufern, denkt aber auch darüber nach, ob sie diese zwecks Ausschachten von Ersatzteilen behalten möchte. In allen Fällen wird sich die neue Regierung noch einmal mit beiden Projekten befassen müssen.

Finnland

**Internationale
Zusammenarbeit
wird intensiviert**

Anlässlich eines bilateralen Treffens in Brüssel Ende Juni unterzeichneten die Verteidigungsminister von Finnland und Deutschland ein Rahmenabkommen hinsichtlich der zukünftigen Zusammenarbeit ihrer Streitkräfte. Bestehende Abmachungen wurden erneuert und der Grundstein für eine weitreichende zwischenstaatliche Verteidigungskooperation gelegt. Dabei geht es insbesondere um den politischen Dialog, Kapazitätsaufbau, Informationsaustausch, die Zusammenarbeit mit internationalen Institutionen, Forschung und Materialbewirtschaftung. Gleichzeitig wurde eine Absichtserklärung unterzeichnet, welche eine engere Anbindung Finnlands an das so genannte Framework Nation

Concept (FNC) bewirken soll. Das FNC hat zum Ziel, innerhalb Europas die multinationalen Kapazitäten (Fähigkeiten, Truppenaufbau und Personalzuteilung) hinsichtlich eines gemeinsamen Krisenmanagements zu festigen. Es geht auf eine Initiative Deutschlands im Jahre 2013 zurück. Damals wurde unter anderem beabsichtigt, die (militärische) Zusammenarbeit der Partner in Europa nicht alleine durch die NATO sicherzustellen. Zusätzlich wurde durch den finnischen Verteidigungsminister Jussi Niinistö ein Abkommen mit dem Vereinigten Königreich besiegelt. Darin geht es um die Teilnahme finnischer Truppen an der Joint Expeditionary Force unter britischer Hoheit. Diese dient als Grundgerüst für eine Soforteinsatztruppe mit extrem hoher Bereitschaft, um weltweit eingesetzt zu werden.

Schweden



Gemeinsam am Tisch: Schweden, das Vereinigten Königreich und Finnland (v.l.).

Bild: gov.uk

**Beitritt zur
Joint Expeditionary Force
und Erstflug Gripen E**

Zusammen mit Finnland ist Schweden anfangs Juli der unter britischer Führung stehenden Joint Expeditionary Force (JEF) beigetreten. Den

entsprechenden Vertrag unterzeichneten nun Peter Hultqvist (SWE), Michael Fallon (GBR) und Jussi Niinistö (FIN), allesamt Verteidigungsminister ihrer Länder. Diese «Rapid-Response»-Einheit verfügt über die Fähigkeit, innert kürzester Zeit überall auf der

Welt alleine, oder zu Gunsten der NATO oder den Vereinten Nationen eingesetzt zu werden. Die am NATO-Gipfel in Wales im Jahre 2014 gegründete JEF wird bereits ab 2018 sämtliche Partner vollständig integriert haben. Laut ihrer Gründungsakte verfügen die Mitgliederstaaten Norwegen, Dänemark, Estland, Lettland, Litauen, die Niederlande, das

Vereinigtes Königreich und neu nun auch Finnland und Schweden über die Möglichkeit, gemeinsam mit anderen Alliierten, aber auch alleine, gut ausgerüstet und nicht an spezifische Plattformen gebunden, rasch auf Veränderungen im strategischen Umfeld reagieren zu können. Da die JEF nicht über ein stehendes Korps verfügt und die Mitglieder nur

im Krisenfall ihre Truppen entsenden würden, kann auch nicht von einem NATO-Beitritt durch die Hintertür gesprochen werden. Denn letztendlich wird keine gegenseitige Sicherheitsgarantie ausgetauscht, sondern es werden nur situativ Krisen bewältigt. Letztmals geschah dies anlässlich der Ebola-Epidemie in Sierra Leone durch briti-

sche, norwegische und niederländische Truppenkontingente. Aus Linköping wurde zudem Mitte Juni der Erstflug des GRIPEN E gemeldet. Dieser für die schwedische Luftfahrtindustrie äusserst wichtige Meilenstein wurde seit längerem erwartet und konnte am 15. Juni erfolgreich über Südostschweden absolviert werden.

Russland

Neue Kompetenzen für die Nationalgarde

Nachdem die von Vladimir Putin im Jahr 2016 gegründete russische Nationalgarde seit diesem März die volle Kampfbereitschaft erreicht hat, soll sie nun neu auch im Ausland eingesetzt werden können. Die etwa 350 000 Mann starke Rosgvardiya (Russlandgarde) setzt sich zumeist aus Mitgliedern ehemaliger staatlicher Sicherheitsbehörden wie den OMON-Polizeisondereinheiten, Soforteinsatzgruppen, Privaten Sicherheitsdiensten, der «Okhrana»-Geheimpolizei und dem Sonderoperations-Zentrum für Sofortaktionen des Innenministeriums zusammen und untersteht direkt dem Präsidenten. Der Stellvertretende Kommandant General Sergej Melikov beschreibt die Nationalgarde als direkter Nachfolger des vormals sowjetischen NKWD (Innenministerium) mit ihrer damals wichtigsten Organisation, der Geheimpolizei der Sowjetunion. Anlässlich der Diplomfeier des aktuellen Jahrgangs der russischen Militärakademie betonte Melikov, dass auf direkten Befehl des Präsidenten die Nationalgarde unter anderem nun eben auch aus-

serhalb Russlands eingesetzt werden kann, im Unterschied zu den Sicherheitskräften des Innenministeriums. Entsprechend geht es nach Melikov nicht nur um die staatliche Sicherheit, sondern auch um den Einsatz zu Gunsten des Friedens des eigenen Volkes an entfernten Orten, ganz wie es dem Präsidenten beliebt. Denn der Schutz der russischen Bevölkerung weltweit sei nicht nur in Russland selbst, sondern gerade auch über die Grenzen hinaus weltweit von grösster Bedeutung, so der General.

Seit Mai dieses Jahres wurde nun auch die Zusammenarbeit mit den Streitkräften und dem FSB (Inlandsgeheimdienst) und insbesondere dessen Grenzschutztruppen rechtlich und auf Befehl Putins ge-

regelt. Gleichzeitig sieht die neue Rechtslage im Falle einer Krise im Inland eine direkte Unterstellung der russischen Streitkräfte unter die Nationalgarde vor. Entsprechend kann davon ausgegangen werden, dass Russland derzeit eher mit einer Krise im Inneren als einer grösseren Bedrohung von Aussen rechnet. Bereits werden durch die Nationalgarde besondere IT-Einheiten zwecks Analyse der Social-Media eingesetzt. Dazu äussert sich der russische Premier Dimitry Rogozin eindeutig: «Die Rosgvardiya muss Russlands aggressivste Militäreinheit sein, bewaffnet bis an die Zähne mit der besten und technologisch fortschrittlichsten Ausrüstung. Denn nur so können die Hauptprobleme im Land gelöst werden.»



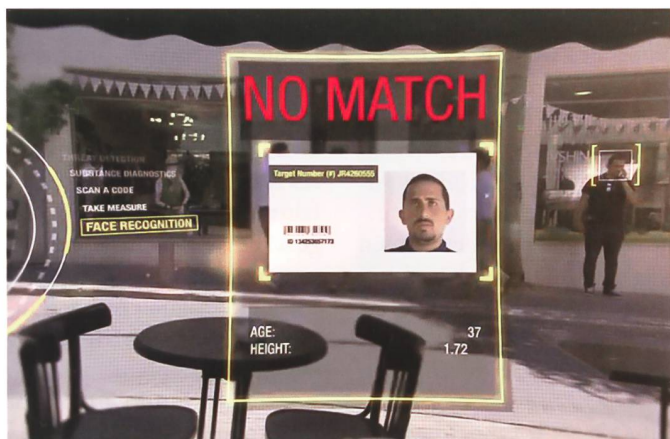
Einsatzübung der Nationalgarde.

Bild: fb.com/rosgvard

Israel

Mossad Start-ups

Der israelische Geheimdienst Mossad gründete per Juli einen Investment-Fonds, um an neue Technologien zu gelangen. Das unter dem Namen Libertad laufende Projekt sieht vor, unter anderem in Bereiche wie Robotik, Biometrie, Miniaturisierung, Verschlüsselung, Webint (der automatisierten Persönlichkeitserkennung im Internet) und Tarnung zu investieren. Bei der Lancierung des Fonds zeigte sich Mossad Direktor Jossi Cohen zuversichtlich und richtete sich direkt an Firmen und Unternehmen. Die Teilnahme ist weltweit möglich und Ideen mit Potential würden mit bis zu 570 000 USD direkt unterstützt. Denn mit diesem Fonds für Technologie und Innovation, so Cohen, gelingt es dem Mossad ideal, seinen Platz zwischen verdeckten Operationen und der offenen Technologiewelt zu finden. Gleichzeitig soll Libertad auch als Netzwerk, respektive Austauschplattform für Marktführer, Unternehmer, Firmen, Industriezweige und Forschungsinstitute dienen. Primäres Zielpublikum bleiben jedoch innovative Start-up-Unternehmen. Deren Ideenpool beabsichtigt der Mossad gezielt anzuzapfen, indem vor Ort Forschung und Entwicklung finanziert werden. Im Gegenzug erhält der Top-Geheimdienst neueste Technologien für seine Ope-



Augmented Reality aus der Kontaktlinse im Libertat Werbefilm.

Bild: Mossad

rationen und den Anteil am geistigen Eigentum neuer Erfindungen. Libertat steht allen offen und ist sehr einfach gehalten. Der Prozess ist auf fünf Meilensteine ausgerichtet und verspricht – jenseits der staatlichen Bürokratie – schnelle Resultate für den Fall, dass brauchbare Projekte eingereicht werden. Interessierte Firmen können auf der Libertat-Internetplattform ab sofort

mitmachen. Bei erfolgreicher Eingabe wird ein nicht mehr als sechsseitiger Vertrag abgeschlossen. Diese einfachen Verfahren, so findet der Mossad, sind der einzige Weg mit Start-ups zu kooperieren. Gleichzeitig verspricht der Geheimdienst höchste Diskretion und betont ausdrücklich, dass es in keiner Hinsicht gefährlich sei, eine Zusammenarbeit einzugehen.

USA

USA wollen Weltraum-Armee gründen

Si non è vero è ben trovato. Gemäss Insidern aus der US-Regierung und einigen Quellen im Internet diskutieren die USA über die Gründung einer neuen Teilstreitkraft: Das US Space Corps soll Gefahren aus dem Weltraum abwehren.

Die US-Armee besteht bisher aus fünf Teilstreitkräften: Army (Heer), Air Force (Luftwaffe), Navy (Marine), Marine Corps (die berühmte Marine-Infanterie) und US-Küstenwache. Doch bald kommt vielleicht eine sechste Teilstreitkraft dazu: Das US Space Corps, also die Weltraum-Truppe. Das US Space Corps soll die Vereinigten Staaten vor Gefahren aus dem Weltall schützen.

Die Gründung der neuen Teilstreitkraft sieht ein aktueller Gesetzesentwurf des ständigen Ausschusses des Reprä-

sentantenhauses der USA vor. An dem Entwurf arbeiten Republikaner und Demokraten gemeinsam.

Die US-Luftwaffe besitzt bereits eine spezielle Einheit für Weltraumaktivitäten. Sollte aus dem jetzt vorgelegten Entwurf aber tatsächlich ein Gesetz werden, dann würde daraus aber eine eigene Teilstreitkraft. Deshalb ist die Luftwaffe von den Plänen wenig begeistert, sie möchte den Bereich Weltraum ganz offensichtlich weiter unter ihrer Kontrolle behalten. Die Führung der US-Luftwaffe argumentiert, dass die Gründung einer neuen eigenen Teilstreitkraft für den «Weltraumkrieg» zu Verwirrung und organisatorischen Problemen führen und aktuelle Projekte verzögern könnte. «Ich unterstütze das derzeit nicht», sagt deshalb Air Force Chief of Staff General David Goldfein.

USA – Indien

Viele Streitpunkte, ein gemeinsames Interesse

Umstrittene Rüstungsgeschäfte, unsichere Arbeitsvisa, unterschiedliche Ansichten bei der Klimapolitik – der erste Besuch des indischen Premiers Narendra Modi im Weissen Haus birgt Konfliktpotential. Im Bereich der Sicherheitspolitik ziehen die USA und Indien allerdings an einem Strang.

Es war das erste Treffen des indischen Premierministers Narendra Modi mit US-Präsident Donald Trump, seit dessen Amtsantritt im Januar. Dabei standen Rüstungsdeals und die Sicherheitspolitik im Vordergrund.

Indien will in den USA 22 unbewaffnete Drohnen kaufen. Das US-Aussenministerium hat den umstrittenen Kauf gebilligt, der Kongress muss



Indiens Premierminister Modi.

Bild: Indisches Aussenministerium

dem zwei Milliarden US-Dollar schweren Geschäft aber noch zustimmen. Der Deal gilt als wegweisend für die künftige sicherheitspolitische Zusammenarbeit zwischen Indien und den USA. Im Gegensatz zu Präsident Obama orientiert sich Trump stärker Richtung China – nicht zuletzt, weil die Regierung in Peking gebraucht wird, um mit Nordkorea fertig zu werden.

Ausser dem Drohnen-Geschäft standen bei den Gesprächen zwischen Trump und

Modi ein weiterer Rüstungsdeal auf der Tagesordnung. Die US-Firma Lockheed und der indische Konzern TATA haben kürzlich vertraglich vereinbart, dass die F-16-Kampfbomber der USA künftig in Indien gebaut werden. Damit will sich Lockheed offenbar einen Grossauftrag der indischen Luftwaffe sichern, die hunderte Kampfflugzeuge alter sowjetischer Bauart ersetzen will.

An diesem Punkt könnten die politischen Prioritäten der

beiden Politiker in Konflikt geraten. «America First», der Wahlspruch des US-Präsidenten und «Made in India», der Slogan, mit dem Premierminister Modi die indische Wirtschaft ankurbeln will, schliessen sich bei einem solchen Deal gegenseitig aus. Offenbar wurde aber ein modus operandi gefunden.

Bei allen Differenzen im Bereich der Sicherheitspolitik ziehen die USA und Indien offenbar an einem Strang. Die US-Administration unter Trump betrachtet Indiens Erzfeind Pakistan als mitverantwortlich für die instabile Sicherheitslage in Afghanistan und der gesamten Region. In einer parteiübergreifenden Ge-

setzesinitiative wurde Pakistan vorgeworfen, Terroristen Unterschlupf zu gewähren und so für den Tod von US-Solda-

ten mitverantwortlich zu sein. Die USA sollten deshalb ihre Beziehungen zu Pakistan überdenken, heisst es. Diese neue

Haltung der US-Regierung dürfte Modi gefallen. Indien wiederum werde vom US-Verteidigungsministerium als ver-

lässlicher Partner Afghanistans betrachtet und somit zu einem wichtigen Verbündeten der USA in der Region.

Kanada

Grund zum Feiern – und doch nicht

150 Jahre – aber nicht alle sind happy

Kanadier sind – in ihrer Mehrzahl – stolz auf ihre Geschichte und Kultur: dass ihr Land die UN-Friedenstruppen mitinitiierte, dass es den Vertrag über das Verbot von Antipersonen-Minen vorantrieb und in der Welt meist als ausgleichende Kraft geschätzt wurde. Sie legen Wert auf einen eigenständigen Kurs ihres Landes und Distanz zu den USA, wie in Zeiten des Vietnamkriegs, als US-Deserteure nach Kanada kommen durften, oder wie vor 15 Jahren, als Kanada keine Soldaten in den Irak-Krieg schickte.

Nicht allen ist zum Feiern zumute. Das gilt für die Verfechter der Unabhängigkeit Quebecs von Kanada, die dem Bundesstaat weiter reserviert bis ablehnend gegenüber stehen und zweimal vergeblich in Referenden die Abspaltung von Kanada erreichen wollten.

Auch Vertreter der Ureinwohner sind eher unzufrie-



Canada Day Military Parade.

Bild: Christian Linner

den. Sie erinnern sich an die harschen Massnahmen zur Zwangsassimilation. Sie liessen verlautbaren: «Kanada ist stolz auf sein Engagement für den Frieden auf der Welt. Es ist nun Zeit, auch im Inland für Frieden zu sorgen.»

Scharfschütze bricht Rekorde

Wenn es um Präzision geht, scheinen kanadische Elitesoldaten ein besonders gutes Händchen zu haben. Diese Bewertung lässt sich zumindest aus dem Weltrekord herleiten, den ein Soldat der Joint Task Force 2 innehat.

Der Scharfschütze, der im Kampf gegen den «Islamischen Staat» (IS) im Irak eingesetzt wird, soll aus einer Distanz von 3540 Metern sein Ziel getroffen haben – das ist die bislang grösste dokumentierte Trefferdistanz überhaupt. Um welches Ziel es sich gehandelt haben soll, ist allerdings unklar. «Aus Sicherheitsgründen können wir uns nicht zu den näheren Umständen äussern», gab ein Sprecher der kanadischen Streitkräfte bekannt. Laut der Zeitung «Daily Mail» soll es sich um einen Kämpfer des IS han-

deln, der irakische Streitkräfte angriff. Der Soldat feuerte demzufolge aus seinem erhöhten Versteck. Er musste nicht nur sein Ziel anvisieren, sondern auch die Erdanziehungskraft sowie den Wind einberechnen.

Wie die Zeitung «The Globe and Mail» erfuhr, soll es sich bei der Waffe um eine Mc Millan TAC-50 handeln, ein Scharfschützengewehr, das die kanadische Armee seit dem Jahr 2000 nutzt. Auch ein anderer Rekordhalter schoss bereits mit dieser Waffe. Rob Furlong, ebenfalls ein Mitglied der kanadischen Armee, hielt bis zum Jahr 2009 den Rekord für die längste Trefferdistanz.

Zwischen Schuss und Treffer sollen weniger als zehn Sekunden vergangen sein. «Anders als eine Bombe, die Zivilisten in der Umgebung treffen könnte, ist diese Art zu kämpfen um einiges präziser. Zudem haben die bösen Jungs keine Idee, was passiert, wenn der Soldat so weit weg von seinem Ziel ist», sagte eine Militärquelle der Zeitung.

Australien

Australien setzt Luftangriffe in Syrien fort

Wegen einer Drohung Russlands, Flugzeuge der US-Koalition in Syrien als mögliche Ziele zu betrachten, hatte Australien seine Luftstreitkräfte vorerst am Boden gelassen. Nun sollen sie doch wieder eingesetzt werden.

Australien will seine Kampfflugzeuge wieder an den Einsätzen der US-geführten Koalition in Syrien beteiligen. Kurz

zuvor hatte das Verteidigungsministerium noch entschieden, die Einsätze vorerst zu stoppen.

Die kurze Unterbrechung sei eine reine Vorsichtsmassnahme gewesen, um der Koalition eine Einschätzung der Lage zu ermöglichen. «Inzwischen ist der Stopp aufgehoben», liess das Ministerium wissen. Australien ist einer der wichtigsten Partner des US-Militärs in Syrien und im Irak im Kampf gegen die Terror-

miliz «Islamischer Staat» (IS) und hat eine grosse Anzahl der Luftangriffe durchgeführt.

Russland hatte gedroht, Flugzeuge des US-Bündnisses als mögliche Ziele zu betrachten. Grund dafür war der Abschuss eines syrischen Kampfflugges durch das US-Militär. Moskau ist ein Verbündeter des syrischen Machthabers Baschar al-Assad und unterstützt die Regierungstruppen.

Das US-Militär erklärte, die abgeschossene Maschine habe

von den USA unterstützte Rebellen bombardiert, die in der Region gekämpft hätten. Die syrische Regierung bestritt diese Darstellung und erklärte, der Jet habe IS-Ziele angegriffen. Die russische Regierung sprach daraufhin von einem «Akt der Aggression» und kündigte den gemeinsamen Kommunikationskanal mit Washington auf.

*Pascal Kohler,
Henrique Schneider*